



HEGEBLÄCH 17

30419 HANNOVER

TELEFON: 05 11 / 2 78 94-0

TELEFAX: 05 11 / 2 78 94-50

E-MAIL: NEWSLETTER@KBM-STEUERBERATUNG-HANNOVER.DE

INTERNET: WWW.KBM-STEUERBERATUNG-HANNOVER.DE

Diese Ausgabe sowie die bisher von uns versandten Ausgaben finden Sie auch in unserer Online-Infothek unter [www.kbm-steuerberatung-hannover/infothek\\*](http://www.kbm-steuerberatung-hannover/infothek*).

(\* Bitte beachten Sie, dass es sich bei den Informationen in unserer Infothek um ein Service-Angebot für unsere Mandanten handelt. Deshalb ist der Aufruf nur über eine Anmeldung mit Benutzernamen und Passwort möglich. Fragen zur Anmeldung oder zu Ihren Zugangsdaten beantworten wir Ihnen gern telefonisch: 05 11 / 2 78 94-0.)

## Informationsbrief

Oktober 2012

### Inhalt

- 1 Termine und Hinweise zum Jahresende 2012
- 2 Doppelte Haushaltsführung in einer Wohngemeinschaft
- 3 Entfernungspauschale: Straßen- statt Fahrverbindung offensichtlich verkehrsgünstiger
- 4 Ehegattenveranlagung ab 2013 geändert
- 5 Schulgeld für eine Privatschule im Ausland
- 6 Kinderbetreuung durch Angehörige: Fahrtkostenersatz berücksichtigungsfähig
- 7 Investitionsabzugsbetrag bei neu gegründeten Betrieben
- 8 Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers auf seine Pensionsanwartschaft
- 9 Praxisgebühr nicht als Sonderausgabe abziehbar

### Allgemeine Steuerzahlungstermine im Oktober

Fälligkeit <sup>1</sup>	Ende der Schonfrist
Mi. 10. 10. Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag <sup>2</sup>	15. 10. <sup>3</sup>
Umsatzsteuer <sup>4</sup>	15. 10. <sup>3</sup>

Die 3-tägige Schonfrist gilt nur bei Überweisungen; maßgebend ist die Gutschrift auf dem Konto der Finanzbehörde. Dagegen muss bei Scheckzahlung der Scheck spätestens 3 Tage vor dem Fälligkeitstermin eingereicht werden.

## 1 Termine und Hinweise zum Jahresende 2012

Selbständige, Vermieter, Rentenbezieher oder Arbeitnehmer, die zur Abgabe von Einkommensteuer-Erklärungen verpflichtet sind, haben ihre Steuererklärungen für 2011 in der Regel spätestens bis zum 31. Dezember 2012 abzugeben;<sup>5</sup> diese Frist kann nicht ohne Angabe besonderer Gründe verlängert werden. Bei Überschreiten der Abgabefrist können Verspätungszuschläge festgesetzt werden. Für die Einhaltung der Frist ist es erforderlich, dass alle notwendigen Unterlagen, Belege etc. rechtzeitig vorliegen.

Darüber hinaus sind kurz vor dem Ende eines Kalenderjahres regelmäßig mehr steuerliche Termine zu beachten als im Laufe des Jahres. Dem Jahreswechsel kommt auch im Hinblick auf steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten eine besondere Bedeutung zu. Soll ein bestimmtes steuerliches Ergebnis noch für das Jahr 2012 erreicht werden, sind die entsprechenden Dispositionen bald zu treffen.

In der **Anlage** sind die wichtigsten bis Ende Dezember dieses Jahres zu beachtenden Termine und entsprechende Hinweise – auch im Hinblick auf den 1. Januar 2013 – zusammengestellt.

<sup>1</sup> Lohnsteuer-**Anmeldungen** bzw. Umsatzsteuer-**Voranmeldungen** müssen bis zum Fälligkeitstag abgegeben werden, da sonst Verspätungszuschläge entstehen können.

<sup>2</sup> Für den abgelaufenen Monat. Falls vierteljährlich gezahlt wird, für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

<sup>3</sup> Die Schonfrist endet am 15. 10., weil der 13. 10. ein Samstag ist.

<sup>4</sup> Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat. Falls vierteljährlich ohne Dauerfristverlängerung gezahlt wird, für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

<sup>5</sup> Die Abgabefrist gilt für Steuerpflichtige, deren Erklärungen von Beratern angefertigt werden (siehe gleichlautende Ländererlasse vom 2. Januar 2012, BStBl 2012 I S. 58).



## 2 Doppelte Haushaltsführung in einer Wohngemeinschaft

Bei einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung sind die Kosten für die Wohnung am Beschäftigungsort sowie wöchentliche Heimfahrten als Werbungskosten zu berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass der (Familien-)Haushalt weiter den Lebensmittelpunkt darstellt.

Die Anforderungen an die Wohnung am Beschäftigungsort sind dabei nicht sehr hoch. So steht einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung nicht entgegen, wenn der Zweithaushalt dort in einer Wohngemeinschaft geführt wird. Der Bundesfinanzhof<sup>6</sup> hat dies selbst für den Fall anerkannt, dass ein Mann die Wohngemeinschaft am Beschäftigungsort mit einer anderen Frau führt. Erst wenn sich der Mittelpunkt der Lebensinteressen an den Beschäftigungsort verlagert und die Wohnung dort zum Ort der eigentlichen Haushaltsführung wird, entfällt deren berufliche Veranlassung.

## 3 Entfernungspauschale: Straßen- statt Fährverbindung offensichtlich verkehrsgünstiger

Beim Ansatz der Entfernungspauschale von 0,30 Euro pro Entfernungskilometer für die Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte ist grundsätzlich die kürzeste Straßenverbindung maßgebend; eine längere Strecke kann nur zugrunde gelegt werden, wenn diese **offensichtlich verkehrsgünstiger** ist (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 Satz 4 EStG).<sup>7</sup>

Der Bundesfinanzhof<sup>8</sup> hat jetzt entschieden, dass bei der Bestimmung der kürzesten Straßenverbindung auch eine Fährverbindung einzubeziehen ist.

### Beispiel:<sup>9</sup>

Ein Arbeitnehmer nutzt an 220 Arbeitstagen für die Fahrt zu seiner regelmäßigen Arbeitsstätte einen PKW und eine Fähre. Die kürzeste Fahrtstrecke einschließlich der Fährstrecke von 1 km beträgt 15 km. Die Monatskarte für die Fähre kostet 80 €.

Berechnung der Entfernungspauschale:

PKW: 220 Arbeitstage x 14 km x 0,30 €	924 €
Fährkosten: 12 x 80 €	960 €
insgesamt zu berücksichtigen	1.884 €

Dabei sind allerdings die Besonderheiten einer Fährverbindung wie lange Wartezeiten, häufig auftretende technische Schwierigkeiten oder Auswirkungen der Witterungsbedingungen auf den Fährbetrieb zu berücksichtigen. Diese Gründe können dazu führen, dass statt der Fährverbindung die längere, aber offensichtlich verkehrsgünstigere Straßenverbindung bei der Entfernungspauschale angesetzt werden kann, obwohl die Fährstrecke kostengünstiger ist.

Erweist sich die vom Arbeitnehmer genutzte Umwegstrecke ohne Fähre jedoch nicht als „offensichtlich verkehrsgünstiger“ gegenüber der kürzesten Strecke (mit Fähre), so können weder die Entfernungspauschale für die Umwegstrecke noch die Kosten für die Fähre angesetzt werden, weil diese tatsächlich nicht benutzt wurde.

## 4 Ehegattenveranlagung ab 2013 geändert

Ehegatten, die an mindestens einem Tag im Kalenderjahr beide unbeschränkt einkommensteuerpflichtig waren und nicht dauernd getrennt gelebt haben, können nach derzeitigem Recht bei der Einkommensteuer zwischen der Zusammenveranlagung, der getrennten Veranlagung und – nur im Jahr der Eheschließung – der besonderen Veranlagung wählen. Durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 wurden die Regelungen zur Ehegattenveranlagung mit Wirkung ab dem Veranlagungsjahr **2013** geändert.<sup>10</sup>

Künftig kann nur noch zwischen der Zusammenveranlagung und der Einzelveranlagung (als Ersatz für die getrennte Veranlagung) von Ehegatten gewählt werden; die **besondere Veranlagung** (§ 26c EStG) wird ersatzlos gestrichen.

Die **Zusammenveranlagung** (§ 26b EStG) gilt unverändert weiter, sie bleibt die Regelveranlagungsform für Ehegatten.

Die **Einzelveranlagung** von Ehegatten (§ 26a EStG) löst die getrennte Veranlagung ab. Sie ist anzuwenden, wenn (mindestens) ein Ehegatte dies wünscht. Bei der Einzelveranlagung werden jedem Ehegatten die von ihm bezogenen Einkünfte zugerechnet (wie zuvor bei der getrennten Veranlagung). Neu ist dagegen: Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen sowie die Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen usw. nach § 35a EStG werden ab 2013 grundsätzlich bei dem Ehegatten abgezogen, der die Aufwendungen getragen hat. Alternativ können diese Aufwendungen auf Antrag auf beide Ehegatten gleichmäßig verteilt werden. Eine beliebige Aufteilung (wie bei der getrennten Veranlagung) ist ab 2013 nicht mehr möglich.

<sup>6</sup> Urteil vom 28. März 2012 VI R 25/11.

<sup>7</sup> Vgl. dazu auch Informationsbrief Mai 2012 Nr. 2.

<sup>8</sup> Urteil vom 19. April 2012 VI R 53/11.

<sup>9</sup> Siehe auch BMF-Schreiben vom 31. August 2009 – IV C 5 – S 2351/09/10002 (BStBl 2009 I S. 891).

<sup>10</sup> Vgl. §§ 26 bis 26b und § 52 Abs. 68 EStG.

## 5 Schulgeld für eine Privatschule im Ausland

Besucht ein Kind, für das die Kindergeld-Voraussetzungen vorliegen, z. B. eine Schule in privater Trägerschaft, können 30 % des Schulgelds, höchstens 5.000 Euro jährlich, als Sonderausgaben berücksichtigt werden. Dies gilt nur für das reine Schulgeld; anteilige Aufwendungen für Beherbergung, Betreuung und Verpflegung sind nicht abzugsfähig.

Der Sonderausgabenabzug kann nach § 10 Abs. 1 Nr. 9 Satz 2 EStG auch bei Schulen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in Anspruch genommen werden. Da die Schweiz weder zur EU noch zum EWR gehört, sind Schulgeldzahlungen für eine schweizerische Schule nicht abzugsfähig. Der Bundesfinanzhof<sup>11</sup> hat dies bestätigt und darauf hingewiesen, dass es für eine Gleichbehandlung schweizerischer Privatschulen mit denen im EU-/EWR-Raum keine Rechtsgrundlage gibt.

Das Schulgeld für den Besuch einer „Deutschen Schule“ im Ausland kann dagegen unabhängig von ihrer Belegenheit beim Sonderausgabenabzug berücksichtigt werden (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 Satz 4 EStG).

## 6 Kinderbetreuung durch Angehörige: Fahrtkostenersatz berücksichtigungsfähig

Seit dem 1. Januar 2012 können Aufwendungen für die Betreuung eines Kindes bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres<sup>12</sup> ausschließlich als Sonderausgaben geltend gemacht werden: Berücksichtigungsfähig sind  $\frac{2}{3}$  der Aufwendungen bis zu einer Höhe von **4.000 Euro** jährlich pro Kind (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG).

Begünstigt sind Ausgaben für die Unterbringung in Kindergärten, Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern sowie die Kosten für die Beschäftigung von Kinderpflegern, Erzieherinnen oder die Dienstleistung von Haushaltshilfen, soweit sie ein Kind betreuen.

Dies gilt auch, wenn die Betreuung durch Angehörige (z. B. Großeltern) erfolgt und eine zivilrechtlich wirksame, eindeutige und klare Vereinbarung getroffen wird, die inhaltlich dem zwischen Fremden Üblichen entspricht und tatsächlich auch so durchgeführt wird. Erfolgt die eigentliche Betreuungsleistung z. B. durch die Oma **unentgeltlich**, bedeutet dies aber nicht, dass die gesamte Vereinbarung nicht anzuerkennen ist.

Wie das Finanzgericht Baden-Württemberg<sup>13</sup> entschieden hat, können (im Streitfall an die betreuende Oma gezahlte) Fahrtkostenerstattungen trotzdem als Sonderausgaben berücksichtigt werden. Entscheidend ist, dass die Vereinbarung über die Verpflichtung zum Ersatz der Fahrtkosten auch zwischen fremden Dritten so üblich wäre.

Bei einer ansonsten unentgeltlichen Betreuung muss allerdings über den Fahrtkostenersatz eine Rechnung erstellt werden und die Zahlung muss – unbar – auf das Konto der betreuenden Person erfolgen, um die Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug zu erfüllen (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 Satz 4 EStG).

Aufwendungen für Fahrten des **Kindes** zur Betreuungsperson sind dagegen nicht begünstigt.

## 7 Investitionsabzugsbetrag bei neu gegründeten Betrieben

Kleine und mittelgroße Betriebe können unter bestimmten Voraussetzungen<sup>14</sup> Abschreibungen auf bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bereits geltend machen, bevor diese Gegenstände angeschafft bzw. hergestellt werden. Dieser Abzugsbetrag auf geplante Investitionen beträgt 40 % der voraussichtlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bis zur Höhe von 200.000 Euro je Betrieb. Erfolgt innerhalb der nächsten 3 Jahre tatsächlich keine Anschaffung, wird der Investitionsabzugsbetrag rückwirkend gestrichen (siehe § 7g Abs. 1 bis 4 EStG).

Der Investitionsabzugsbetrag kann auch dann berücksichtigt werden, wenn die Eröffnung eines Betriebes bzw. die Gründung noch nicht abgeschlossen ist. In diesen Fällen verlangt die Finanzverwaltung allerdings, dass die Investitionsentscheidung hinsichtlich wesentlicher Betriebsgrundlagen ausreichend **konkretisiert** wurde, d. h., dass das Wirtschaftsgut bis zum Ende des Abzugsjahres **verbindlich bestellt** worden ist.<sup>15</sup>

Dieser Auffassung ist jetzt der Bundesfinanzhof<sup>16</sup> entgegengetreten und hat entschieden, dass die erforderliche Konkretisierung der Investitionsabsicht nicht zwingend eine verbindliche Bestellung voraussetzt. Nach

<sup>11</sup> Urteil vom 9. Mai 2012 X R 3/11 (BStBl 2012 II S. 585).

<sup>12</sup> Für ältere Kinder gilt Entsprechendes, wenn sie wegen einer vor dem 25. Lebensjahr eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

<sup>13</sup> Rechtskräftiges Urteil vom 9. Mai 2012 4 K 3278/11 (EFG 2012 S. 1439); dem entspricht auch die Finanzverwaltung (siehe BMF-Schreiben vom 14. März 2012 – IV C 4 – S 2221/07/0012, BStBl 2012 I S. 307, Rz. 5).

<sup>14</sup> Siehe dazu auch die Anlage zu diesem Informationsbrief.

<sup>15</sup> Siehe BMF-Schreiben vom 8. Mai 2009 – IV C 6 – S 2139-b/07/10002 (BStBl 2009 I S. 633), Rz. 28 ff.

<sup>16</sup> Urteil vom 20. Juni 2012 X R 42/11.

Auffassung des Gerichts ist bei in Gründung befindlichen Betrieben zwar eine strenge Prüfung der Investitionsabsicht erforderlich; diese könne aber auch durch andere Indizien als ausschließlich durch Vorlage einer verbindlichen Bestellung nachgewiesen werden.

Das Gericht weist ausdrücklich darauf hin, dass z. B. die Einholung von Kostenvoranschlägen oder Kaufverhandlungen für sich allein nicht ausreichen. Sofern aber derartige Aktivitäten in eine spätere, nach Ablauf des Abzugsjahres tatsächlich erfolgte Anschaffung münden, ist der Nachweis der Investitionsabsicht erbracht.

## 8 Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers auf seine Pensionsanwartschaft

Zur Altersversorgung des Gesellschafter-Geschäftsführers wird diesem häufig eine Pensionszusage durch „seine“ GmbH erteilt; die Finanzierung erfolgt dabei regelmäßig durch eine Lebensversicherung als Rückdeckungsversicherung, die mit Beginn der Pensionszahlungen fällig wird. Dieses Modell hat aus zwei Gründen an Attraktivität verloren:

- Die Renditen der Lebensversicherungen sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sodass diese häufig nicht zur Finanzierung der Pensionszahlungen ausreichen werden.
- Durch Änderung der Bilanzierungsregeln sind Pensionsrückstellungen deutlich höher als früher in der Handelsbilanz auszuweisen, sodass allein die Pensionsrückstellung zu einer Überschuldung führen kann.

In diesen Fällen wäre es eine Option, dass der Gesellschafter-Geschäftsführer ganz oder teilweise auf seine Pensionsanwartschaft verzichtet. Ein solcher Verzicht löst allerdings steuerliche Folgen aus:

Der Verzicht führt zu einem steuerpflichtigen Zufluss beim Gesellschafter.<sup>17</sup> Maßgebend ist dabei nicht der steuerliche Buchwert, sondern der sog. Teilwert. Dieser Wert entspricht den „Wiederbeschaffungskosten“ des aufgegebenen Versorgungsanspruchs. Es kommt also darauf an, welcher Betrag an einen vergleichbaren Dritten im Zeitpunkt der Aufgabe des Versorgungsanspruchs zu zahlen wäre, um einen gleich hohen Anspruch zu erwerben.

In gleicher Höhe liegt eine sog. verdeckte Einlage des Gesellschafter-Geschäftsführers in die GmbH vor. Dieser Wert wirkt sich erst im Zeitpunkt der Veräußerung der Beteiligung wieder gewinnmindernd aus.

Bei einem **Teilverzicht** auf den Pensionsanspruch werden Zufluss und verdeckte Einlage nur insoweit angenommen, als auf Ansprüche verzichtet wird, die bereits erdient wurden. Zur Ermittlung dieses Anteils lässt die Finanzverwaltung<sup>18</sup> ein relativ einfaches Berechnungsverfahren zu.

### Beispiel:

Zusage einer monatlichen Alters- und Invalidenrente an den beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer i. H. von 4.000 € am 1. Januar 1995<sup>19</sup>

Pensionseintritt: 1. Januar 2025 (Zeitraum bis zum Pensionseintritt also 30 Jahre)

Am 1. Januar 2013 gilt ein Pensionsanteil i. H. von  $(\frac{18}{30} \text{ von } 4.000 \text{ €}) = 2.400 \text{ €}$  als bereits „erdient“.

Eine Verminderung des Pensionsanspruchs auf den erdienten Teil von 2.400 € würde also keine unmittelbaren steuerlichen Folgen beim Gesellschafter auslösen.

## 9 Praxisgebühr nicht als Sonderausgabe abziehbar

In der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherte, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, zahlen bei ihrem ersten Arztbesuch im Kalendervierteljahr grundsätzlich eine sog. Praxisgebühr in Höhe von 10 Euro.<sup>20</sup>

Der Bundesfinanzhof<sup>21</sup> hat nun zur steuerlichen Behandlung der Praxisgebühr Stellung genommen und eine Berücksichtigung als Sonderausgabe abgelehnt. Nach Auffassung des Gerichts handelt es sich bei dieser Zahlung nicht um einen (verdeckten) zusätzlichen Krankenversicherungsbeitrag, sondern um eine „eigenständige Abgabe zum Zwecke der Eigenbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten“. Eine Berücksichtigung als Vorsorgeaufwendungen kommt deshalb nicht in Betracht.

Ob die Praxisgebühr als „Krankheitskosten“ im Rahmen der **außergewöhnlichen Belastungen** gemäß § 33 EStG steuermindernd berücksichtigt werden kann, ließ das Gericht offen, weil im Streitfall die gezahlten Beträge unterhalb der zumutbaren Belastung<sup>22</sup> lagen und sich deshalb steuerlich nicht ausgewirkt hätten.

<sup>17</sup> BFH-Beschluss vom 9. Juni 1997 GrS 1/94 (BStBl 1998 II S. 307).

<sup>18</sup> BMF-Schreiben vom 14. August 2012 – IV C 2 – S 2743/10/10001 (BStBl 2012 I S. 874).

<sup>19</sup> Bei einem nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer ist bei der Berechnung nicht auf das Jahr der Erteilung der Versorgungszusage, sondern auf den Beginn des Beschäftigungsverhältnisses abzustellen.

<sup>20</sup> Vgl. § 28 Abs. 4 und § 61 Satz 2 SGB V.

<sup>21</sup> Urteil vom 18. Juli 2012 X R 41/11.

<sup>22</sup> Vgl. § 33 Abs. 3 EStG.

1

## Termine und Hinweise zum Jahresende 2012

### Für Arbeitnehmer

#### Antrags- und Abgabefristen

Ab 2013 wird das Lohnsteuerabzugsverfahren auf einen elektronischen Datenabruf umgestellt (sog. ELStAM-Verfahren). Bis dahin gilt für die Ergänzung bzw. Änderung von **Steuerklassen** und/oder der Zahl der **Kinderfreibeträge** noch das bisherige Verfahren, d. h., eine Änderung für das laufende Jahr 2012 kann noch bis zum **30. November 2012** beim Finanzamt beantragt werden. Entsprechendes gilt für die Beantragung eines **Steuerfreibetrags** (z. B. für Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen). Hier ist weiterhin zu beachten, dass die Summe der zu berücksichtigenden Beträge mehr als 600 Euro betragen muss (Antragsgrenze), wobei **Werbungskosten** nur in diese Summe einbezogen werden, soweit sie 1.000 Euro übersteigen.

Bis zum **31. Dezember 2012**<sup>2</sup> können Arbeitnehmer, die nicht veranlagungspflichtig sind, eine **Einkommensteuer-Veranlagung 2008** beantragen (sog. Antragsveranlagung).

#### Lohnsteuerabzug oder Pauschalbesteuerung

Ab dem **1. Januar 2013** beträgt der Grundfreibetrag weiterhin 8.004 Euro (bei Ehegatten 16.009 Euro). Bedeutung hat die Höhe des Grundfreibetrags z. B. bei der Prüfung, ob statt einer geringfügigen Beschäftigung mit Pauschalbesteuerung eine Beschäftigung mit Lohnsteuerabzugsverfahren in Betracht kommt, da bis zu folgenden Monatslöhnen **keine Lohnsteuer** anfällt:<sup>3</sup>

Steuerklasse	I	II	III	IV	V
Monatslohn	908 €	1.040 €	1.713 €	908 €	104 €

### Für Privatpersonen

#### Aufbewahrungspflicht für Überschusseinkünfte

Auch für Privatpersonen gilt eine Aufbewahrungspflicht (vgl. § 147a Abgabenordnung – AO), wenn die Summe der **positiven** Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung usw. im vorangegangenen Kalenderjahr **größer als 500.000 Euro** war. Dann müssen die Aufzeichnungen und Unterlagen über die Einnahmen und Werbungskosten, die mit diesen Einkünften im Zusammenhang stehen, grundsätzlich **6 Jahre** lang aufbewahrt werden.

Die Aufbewahrungspflicht gilt – wie im betrieblichen Bereich (siehe dazu unten) – auch für elektronische Daten.

Bei Ehegatten wird die Grenze von 500.000 Euro für jeden Ehegatten gesondert geprüft. Verluste werden dabei nicht berücksichtigt.

Die Aufbewahrungspflicht gilt erstmals für Aufzeichnungen und Unterlagen aus dem Jahr 2010, wenn die Einkunftsgrenze im Jahr 2009 überschritten wurde.<sup>4</sup> Die Aufbewahrungspflicht entfällt erst, wenn die Einkunftsgrenze von 500.000 Euro 5 Jahre in Folge nicht überschritten wurde. Somit sind auch entsprechende Unterlagen aus dem **Jahr 2012** aufzubewahren, wenn in einem Jahr seit 2009 die Grenze überschritten wurde.

#### Haushaltsnahe Dienstleistungen

Für Ausgaben in Privathaushalten, z. B. für Putzhilfen, Gärtner, Fensterputzer, aber auch für Pflege- und Betreuungsleistungen, kann eine **Steuerermäßigung** in Höhe von 20 % der Kosten, höchstens bis zu 4.000 Euro, beantragt werden; für (Arbeitslohn-)Kosten bei Handwerkerleistungen (Renovierungs- und Reparaturarbeiten,

1

2 Zur 4-jährigen Abgabefrist für die Antragsveranlagung siehe auch Informationsbrief September 2011 Nr. 7.

3 Zu beachten ist, dass es im Rahmen der Einkommensteuer-Veranlagung zu Steuernachzahlungen kommen kann (z. B. bei der Lohnsteuerklassenkombination III/V oder wenn andere Einkünfte vorliegen). Die Zahlen basieren auf dem für 2012 gültigen Einkommensteuertarif; mögliche Tarifänderungen ab 2013 (z. B. Gesetz zum Abbau der kalten Progression) sind nicht berücksichtigt.

4 Vgl. § 5 Steuerhinterziehungsbekämpfungsverordnung.

Gartengestaltung etc.) gilt daneben ein Ermäßigungshöchstbetrag von 1.200 Euro (§ 35a Abs. 2 und 3 EStG). Soll noch für 2012 eine Steuerermäßigung geltend gemacht werden, muss die Bezahlung der Rechnung **bis zum 31. Dezember 2012** auf das Konto des Leistungserbringers erfolgen.

Verrechnung von  
Verlusten aus  
Aktienverkäufen

Kapitalerträge werden grundsätzlich durch einen – in der Regel von der Bank vorgenommenen – Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) besteuert; Verluste z. B. aus Aktiengeschäften werden von der Bank verrechnet bzw. vortragen. Sollen nicht verrechnete Verluste im Rahmen der Einkommensteuer-Erklärung 2012 geltend gemacht werden, muss ein Antrag auf Verlustbescheinigung spätestens bis zum **15. Dezember** des laufenden Jahres bei der betroffenen Bank gestellt werden (§ 43a Abs. 3 Satz 5 EStG).

## Für Unternehmen

Aufbewahrungs-  
fristen

Für **Buchführungsunterlagen** gelten bestimmte Aufbewahrungsfristen (vgl. § 147 AO). Im Jahresabschluss kann ggf. für die zukünftigen Kosten der Aufbewahrung dieser Unterlagen eine Rückstellung gebildet werden.<sup>5</sup>

Mit Ablauf dieser Fristen können **nach dem 31. Dezember 2012** regelmäßig folgende Unterlagen **vernichtet** werden:<sup>6</sup>

### Zehnjährige Aufbewahrungsfrist:

- Bücher, Journale, Konten usw., in denen die **letzte Eintragung 2002** und früher erfolgt ist
- **Jahresabschlüsse**, Lageberichte, Eröffnungsbilanzen und Inventare, die **2002** oder früher **aufgestellt** wurden, sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Unterlagen
- **Buchungsbelege** (z. B. Rechnungen, Bescheide, Zahlungsanweisungen, Reisekostenabrechnungen, Bewirtungsbelege, Kontoauszüge,<sup>7</sup> Lohn- bzw. Gehaltslisten) aus dem Jahr **2002**

### Sechsjährige Aufbewahrungsfrist:

- Lohnkonten und Unterlagen (Bescheinigungen) zum Lohnkonto mit Eintragungen aus **2006** oder früher<sup>8</sup>
- Sonstige für die Besteuerung bedeutsame Dokumente (z. B. Ausfuhr- bzw. Einfuhrunterlagen, Aufträge, Versand- und Frachtunterlagen, Darlehensunterlagen, Mietverträge, Versicherungspolice) sowie Geschäftsbriefe aus dem Jahr **2006** oder früher

Die Aufbewahrungsfristen gelten auch für die steuerlich und sozialversicherungsrechtlich relevanten Daten der **betrieblichen EDV** (Finanz-, Anlagen- und Lohnbuchhaltung). Während des Aufbewahrungszeitraums muss der **Zugriff** auf diese Daten möglich sein.<sup>9</sup> Bei einem Systemwechsel der betrieblichen EDV ist darauf zu achten, dass die bisherigen Daten in das neue System übernommen oder die bisher verwendeten Programme für den Zugriff auf die alten Daten weiter vorgehalten werden.

Die Aufbewahrungsfrist **beginnt** mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die letzte Eintragung in das Buch gemacht, das Inventar, die Eröffnungsbilanz, der Jahresabschluss oder der Lagebericht aufgestellt, der Handels- oder Geschäftsbrief empfangen oder abgesandt worden oder der Buchungsbeleg entstanden ist, ferner die Aufzeichnung vorgenommen worden ist oder die sonstigen Unterlagen entstanden sind.

<sup>5</sup> BFH-Urteil vom 19. August 2002 VIII R 30/01 (BStBl 2003 II S. 131); siehe dazu auch Informationsbrief Juni 2011 Nr. 6.

<sup>6</sup> Bei der Entscheidung über die Vernichtung von Buchhaltungsunterlagen sollte auch überlegt werden, ob und welche Unterlagen evtl. als Beweise für eine spätere Betriebsprüfung bzw. für ein ggf. noch zu führendes Rechtsmittel – trotz der offiziellen Vernichtungsmöglichkeit – weiterhin aufbewahrt werden sollten.

<sup>7</sup> Ausdrücke **elektronischer** Kontoauszüge (Onlinebanking) genügen den gesetzlichen Aufbewahrungspflichten derzeit i. d. R. **nicht**; hier sind (wie bisher) die Kontoauszüge bzw. Monatssammelkontoauszüge der Kreditinstitute in **Papierform** zu archivieren.

<sup>8</sup> Siehe § 41 Abs. 1 Satz 9 EStG.

<sup>9</sup> Siehe § 147 Abs. 5 und 6 AO; § 9 Abs. 5 Beitragsverfahrensverordnung.

Die Vernichtung von Unterlagen ist allerdings dann nicht zulässig, wenn die Frist für die Steuerfestsetzung noch **nicht abgelaufen** ist (vgl. §§ 169, 170 AO).

*Sonderabschreibungen  
bei kleinen und  
mittleren Betrieben*

Bei Anschaffung und Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens von Gewerbetreibenden und Freiberuflern können neben der normalen Abschreibung **bis zu 20 %** der Aufwendungen gesondert abgeschrieben werden (vgl. § 7g EStG). Die Sonderabschreibung kommt bei Anschaffung bzw. Herstellung bis zum Jahresende in vollem Umfang für das Jahr **2012** in Betracht.

Bei geplanten Investitionen kann durch Berücksichtigung eines **Investitionsabzugsbetrags** in Höhe von 40 % der voraussichtlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten – maximal bis zu einem Betrag von 200.000 Euro – die steuerliche Wirkung der Abschreibungen vorgezogen werden; die Sonderabschreibung kann dann im Zeitpunkt der Investition (wenn diese innerhalb von 3 Jahren erfolgt) zusätzlich geltend gemacht werden. Voraussetzung ist, dass das Wirtschaftsgut mindestens bis zum Ende des auf die Investition folgenden Wirtschaftsjahres im Inland (fast) ausschließlich **betrieblich genutzt** wird.

Der Investitionsabzugsbetrag kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn folgende Größenmerkmale erfüllt sind: Bei Bilanzierenden darf das Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres **235.000 Euro**, bei Land- und Forstwirten der Wirtschaftswert **125.000 Euro** nicht überschreiten; für Freiberufler und Selbständige, die den Gewinn durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermitteln, gilt eine Gewinngrenze von **100.000 Euro**. Zu beachten ist, dass im Hinblick auf die Geltendmachung von Sonderabschreibungen die Größengrenzen für das Jahr gelten, das der Anschaffung des Wirtschaftsguts vorangeht.<sup>10</sup>

*Geringwertige  
Wirtschaftsgüter*

Abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter, die bis zum **31. Dezember 2012** angeschafft werden, können in 2012 in voller Höhe abgeschrieben werden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten 410 Euro<sup>11</sup> nicht übersteigen.

Für Wirtschaftsgüter bis 1.000 Euro<sup>10</sup> ist bei Gewinneinkünften (wahlweise) die Bildung eines mit 20 % jährlich abzuschreibenden **Sammelpostens** möglich; in diesem Fall ist für alle anderen in diesem Jahr angeschafften Wirtschaftsgüter eine Sofortabschreibung nur bei Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bis zur Höhe von 150 Euro<sup>10</sup> zulässig.

Für Überschusseinkünfte (z. B. nichtselbständige Arbeit, Vermietung und Verpachtung) gilt ausschließlich die 410 Euro-Regelung.

*Begünstigung nicht  
entnommener  
Gewinne*

Bilanzierende Gewerbetreibende, Selbständige oder Land- und Forstwirte können für ihren nicht entnommenen Gewinn 2012 **beantragen**, dass dieser (lediglich) mit einem Einkommensteuersatz von **28,25 %** besteuert wird. Der Antrag kann für jeden Betrieb oder Mitunternehmer gesondert gestellt werden, bei Gesellschaftern von Personengesellschaften bei mehr als 10 % Gewinnbeteiligung oder einem Gewinnanteil von über 10.000 Euro.

Wird der nach Abzug der Steuern verbleibende Gewinn später entnommen, erfolgt eine **Nachversteuerung** mit 25 % (§ 34a EStG).

*Gewillkürtes  
Betriebsvermögen*

Wirtschaftsgüter, die nicht überwiegend betrieblich genutzt werden, aber in einem gewissen objektiven Zusammenhang mit dem Betrieb stehen, können dem Betriebsvermögen zugeordnet werden, wenn die betriebliche Nutzung **mindestens 10 %**, aber **höchstens 50 %** beträgt (sog. gewillkürtes Betriebsvermögen). Dies gilt **unabhängig** von der Gewinnermittlungsart, d. h. sowohl für Bilanzierende als auch für Steuerpflichtige, die ihren Gewinn durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermitteln (z. B. Freiberufler – siehe R 4.2 Abs. 1 EStR).

<sup>10</sup> § 7g Abs. 6 Nr. 1 EStG.

<sup>11</sup> Maßgebend ist der reine Warenpreis ohne Vorsteuer; dies gilt auch, wenn die Vorsteuer nicht abziehbar ist (siehe R 9b Abs. 2 Satz 1 und 2 EStR).

Die Zuordnung zum Betriebs- oder Privatvermögen muss dabei **zeitnah** durch eine Einlage oder Entnahme in der **laufenden Buchführung** erfolgen. Insbesondere zum Jahresende ist zu prüfen, ob ein Wirtschaftsgut weiterhin als gewillkürtes Betriebsvermögen behandelt werden soll; ist dies nicht der Fall, ist eine entsprechende Entnahme im Rahmen der laufenden Buchführung z. B. für den Monat Dezember zu buchen.

*Geschenke für  
Geschäftsfreunde/  
Bewirtungen*

Aufwendungen für Geschenke an Personen, die **nicht** Arbeitnehmer des Zuwendenden sind, dürfen insgesamt **35 Euro**<sup>12</sup> pro Empfänger im Wirtschaftsjahr nicht übersteigen, sofern sie als Betriebsausgaben berücksichtigt werden sollen. **Nicht** zu den Geschenken gehören z. B. Preise anlässlich eines Preisausschreibens oder sog. Zugaben, d. h. Gegenstände von geringem Wert, die Kunden beim Einkauf kostenlos zusätzlich erhalten.<sup>13</sup> Ungeachtet dieser Regelung kann der zuwendende Unternehmer **Sachgeschenke** an Geschäftsfreunde im Rahmen des § 37b EStG pauschal mit **30 %** versteuern; diese Besteuerung muss in diesem Fall aber für alle im Wirtschaftsjahr gewährten Geschenke vorgenommen werden. Der Empfänger braucht die Sachzuwendungen dann nicht der Einkommensteuer zu unterwerfen.<sup>14</sup>

Kosten für die **Bewirtung** von Geschäftspartnern, Kunden etc. (auch soweit eigene Arbeitnehmer teilnehmen) sind nur in Höhe von **70 %** steuerlich berücksichtigungsfähig; dabei müssen bestimmte Nachweispflichten erfüllt sein.<sup>15</sup>

Voraussetzung für den Betriebsausgabenabzug von Geschenken und Bewirtungsaufwendungen ist außerdem, dass die Aufwendungen **einzel**n und **getrennt** von den sonstigen Betriebsausgaben **aufgezeichnet** werden (§ 4 Abs. 7 EStG).

*Sachzuwendungen  
an Mitarbeiter*

Aufwendungen des Arbeitgebers für Sachzuwendungen oder Geschenke an seine Arbeitnehmer können regelmäßig als Betriebsausgaben geltend gemacht werden; sie sind allerdings grundsätzlich beim Arbeitnehmer lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtig. Eine Ausnahme bilden übliche **Aufmerksamkeiten** aus besonderem Anlass (z. B. Blumen, Pralinen oder ein Buch zum Geburtstag oder zur Hochzeit), wenn der Wert des Geschenks **40 Euro** je Anlass nicht überschreitet.<sup>16</sup>

Begünstigt sind auch Zuwendungen in Form von **(Waren-)Gutscheinen** (z. B. zur Einlösung in Tankstellen, Supermärkten oder Feinkostgeschäften), wenn die Auszahlung von Bargeld ausgeschlossen ist. Derartige Zuwendungen bleiben steuerfrei, wenn der Wert des Gutscheins – ggf. zusammen mit anderen Sachbezügen – die Freigrenze von **44 Euro monatlich** nicht übersteigt (§ 8 Abs. 2 Satz 9 EStG).

Für teurere Sachzuwendungen kann der Arbeitgeber die Lohnsteuer pauschal mit 30 % übernehmen (vgl. § 37b EStG).<sup>13</sup>

Zuwendungen an Arbeitnehmer anlässlich von **Betriebsveranstaltungen** (z. B. Weihnachtsfeier) bleiben lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei, wenn die Zuwendung bei höchstens zwei Veranstaltungen pro Jahr für den einzelnen Arbeitnehmer insgesamt nicht mehr als **110 Euro** beträgt.<sup>17</sup> Wird dieser Betrag überschritten, kann der Arbeitgeber die Lohnsteuer pauschal mit 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) übernehmen (§ 40 Abs. 2 Nr. 2 EStG).

*Vorabaufwendungen  
für 2013*

Nicht regelmäßig wiederkehrende Aufwendungen, die beispielsweise im Januar 2013 fällig werden, können von **nichtbilanzierenden** Steuerpflichtigen bereits 2012 geleistet werden, wenn eine Steuerminderung noch in diesem Jahr beabsichtigt ist. Werden in diesen Fällen offene Lieferantenrechnungen noch 2012 bezahlt, mindert dies ebenfalls den steuerlichen Gewinn im Jahr 2012.

12 Bei vorsteuerabzugsberechtigten Unternehmern ohne Umsatzsteuer (vgl. R 9b Abs. 2 Satz 3 EStR).

13 Siehe auch R 4.10 Abs. 2–4 EStR.

14 Siehe auch BMF-Schreiben vom 29. April 2008 – IV B 2 – S 2297-b/07/0001 (BStBl 2008 I S. 566).

15 Siehe dazu § 4 Abs. 5 Nr. 2 EStG, R 4.10 EStR, H 4.10 (5–9) EStH.

16 Vgl. R 19.6 LStR.

17 Siehe R 19.5 LStR.

Lediglich bei Gegenständen des Anlagevermögens ist es für den Beginn der Inanspruchnahme der Absetzungen unerheblich, ob das Anlagegut bereits bezahlt ist. Entscheidend ist hier der Anschaffungs- oder Fertigstellungszeitpunkt.